

UMSCHAU

Warschauer Vertrag bald auf Sparflamme

Moskau (ADN). Die Militärorgane des Warschauer Vertrags werden nach Aussagen des Stabschefs der Vereinten Streitkräfte des Bündnisses, Armeegeneral Vladimir Lobow, in kurzer Zeit auf ein Minimum reduziert. Das Bündnis werde „weniger militarisiert“ sein und in Zukunft „reinen Konsultativcharakter“ tragen; erklärte er gegenüber TASS.

500 Millionen Rubel Brandverlust pro Jahr

Moskau (ADN). Fast eine halbe Milliarde Rubel verliert die UdSSR alljährlich infolge von Bränden. Nicht mitgerechnet sind dabei Waldbrände, die 1989 mehr als zwei Millionen Hektar erfaßten, ein Fünftel des jährlichen Holzeinschlages vernichteten und rund 900 Millionen Rubel kosteten. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres starben 3490 Menschen bei Bränden. Die Zahl der Brandstiftungen nahm in den letzten beiden Jahren um 30 Prozent zu.

Dritter Konvoi aus Clausen mit Routine

Enkenbach (AP). Der dritte Giftkonvoi von Clausen nach Miesau am Montag war schneller aus seine beiden Vorläufer in der vorigen Woche. Nach Auskunft des Informationszentrum für den Abzug der US-amerikanischen C-Waffen in Enkenbach brauchte der 80 Fahrzeuge umfassende Zug gute zwei Stunden für die Tour.

Israel bestreitet den Besitz von C-Waffen

Jerusalem (AP). Das israelische Verteidigungsministerium bestreitet den Besitz chemischer Waffen. Israel habe das Genfer Protokoll aus dem Jahre 1925 unterzeichnet und halte sich auch daran, hieß es in einer Erklärung. Wissenschaftsminister Juwal Neeman hatte in der Vorwoche indirekt zugegeben, daß sein Land C-Waffen besitzt, diese äußere dann aber wieder zurückgenommen. Auf die Frage, ob Israel C-Waffen besitze, hatte er im Rundfunk geantwortet: „Diese Frage müssen sie dem Verteidigungsminister stellen.“

Fujitsu zweitgrößter Computerproduzent

Tokio (ADN). Japans Elektronikkonzern Fujitsu kauft die Aktienmehrheit des größten britischen Computerherstellers ICL, gab das Unternehmen am Montag in Tokio bekannt. Das Geschäft soll bis zum 30. November dieses Jahres abgeschlossen sein. Der japanische Computergigant avanciert damit zum weltweit zweitgrößten Computerproduzenten nach dem US-amerikanischen Unternehmen International Business Machines Corp. (IBM).

Plünderungen bei Stromausfall in Chicago

Chicago (AP). Ein Stromausfall in Chicago hat zu Plünderungen in zahlreichen Geschäften geführt und drei

Menschen das Leben gekostet. Mehrere Explosionen und der anschließende Ausbruch eines Feuers in einem Kohlekraftwerk hatten in rund 40 000 Haushalten die Lichter ausgehen lassen. Die Polizei nahm 49 Plünderer fest. Drei Menschen verbrannten durch Unachtsamkeit im Umgang mit Kerzen.

Dritter Überlebender des schweren Bebens

Manila (AP). Das Wunder von Baguio hat sich mit der Rettung eines dritten fast zwei Wochen lang verschütteten Erdbebenopfers fortgesetzt. Wie philippinische Rundfunksender meldeten, wurde der 27jährige Koch Pedro Deo am Montag (Ortszeit) aus den Trümmern des „Hyatt“-Hotels in der Kurstadt geborgen.

Parteiobmann bleibt trotz Anfeindung im Amt

Prag (ADN). Der wegen angeblicher Stasi-Mitarbeit umstrittene Vorsitzende der christdemokratischen Tschechoslowakischen Volkspartei (CSL), Dr. Josef Bartončík, verbleibt im Amt. Das entschied eine zunächst geheim gehaltene Tagung des CSL-Zentralkomitees am Wochenende in Prag. Einem Bericht der Parteizeitung „Lidova demokracie“ vom Montag zufolge erhielt Bartončík erneut das Vertrauen, da ihm kein Schuld nachgewiesen werden konnte.

Adelaide: Angeklagter niedergeschossen

Canberra (ADN). Der 74jährige Iwan Poljuchowitsch, im ersten australischen Kriegsverbrecherprozess der Ermordung von 24 Menschen in der Ukraine während des zweiten Weltkrieges angeklagt, ist am Sonntag in Adelaide niedergeschossen worden. Poljuchowitsch, dessen Gesundheitszustand kritisch ist, gab an, von einem Unbekannten angegriffen worden zu sein.

Keiner fiel vom Pfahl

Verständliche Enttäuschung bei den Zuschauern: Da hatten sie ausgeharrt, um abzuwarten, wenn einer einschläft und aus drei Metern Höhe kopfüber in den See stürzt... „Aber diesen Gefallen tat ihnen niemand“, erklärte Jan Poolman voller Stolz. Poolman war der Organisator des Wettbewerbs im Pfahlsetzen im niederländischen Noordwijkerhout, und sein Stolz ist berechtigt: Fünf Männer und Frauen hatten seit Sonntag den Weltrekord in dieser steilschädigenden Disziplin - 115 Stunden. Wie haben die bloß, mag der Leser sich fragen, derweil ihr Geschäft verriet, so da oben...?

In einem Satz

2500 MOHAWK-INDIANER forderten auf einer Demonstration in der kanadischen Stadt Oka die friedliche Beilegung des Konflikts zwischen ihrem Stamm und der Regierung. BEI SCHWEREN UNWETTERN mit Überschwemmungen im nordbrasilianischen Recife kamen mindestens 26 Menschen ums Leben.

KPDuS - Die Spaltung fand (noch) nicht statt

Wo blieb die Demokratische Plattform?

Von HUGO BRAUN, Moskau

Ein wichtiges Ereignis - auch vorerst zu nehmenden Beobachtern der Moskauer Szene vorhergesagt - fand nicht statt: Auch nach ihrem 28. Parteitag hat sich die KPDuS nicht gespalten. Die Radikalreformistische Demokratische Plattform hat jedenfalls in ihrer Gesamtheit die KPDuS bis heute nicht verlassen. Dem Parteitag traten ihre prominentesten Wortführer Boris Jelzin folgten nur wenige, darunter lediglich sieben Volksdeputierte. Die Leninradar Parteiorganisation, die rund 600 000 Mitglieder zählt, hat in dieser parteiinternen Auseinandersetzung nicht einmal fünf Prozent ihrer Mitglieder verloren.

Der Koordinierungsrat der Demokratischen Plattform zur Vorbereitung des Kongresses zur Gründung einer neuen parlamentarischen Partei im Herbst dieses Jahres hat in der sowjetischen Hauptstadt eine Erklärung veröffentlicht, mit der die Plattform die Trennung von der KPDuS vollziehen wollte. Darin wird festgestellt, daß die Partei auch nach ihrem 28. Parteitag nicht erneuerungsfähig sei. Den Parteitagebeschlüssen werden Grundprinzipien der neuen Partei gegenübergestellt, die sich eigentlich nur in Nuancen unterscheiden. So wünscht sich die Plattform eine „Demontage des totalitären Machtsystems, den Übergang zu einem parlamentarischen Mehrparteiensystem und zu einem Rechtsstaat“ sowie die „Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen auf der Grundlage einer effektiven Marktwirtschaft, die alle Formen des Eigentums, darunter auch des Privateigentums, einschließt“.

Dieses Papier blieb jedoch innerhalb der Demokratischen Plattform nicht unumstritten. Eine Arbeitssektion kommunistischer Reformisten innerhalb dieser Strömung sprach sofort ihr Bedauern über die Feststellung des Koordinierungsrats aus, daß die KPDuS auch nach dem Parteitag nicht reformierbar sei. Die Sektion vertritt es sich, daß solche Erklärungen im Namen der gesamten Plattform abgegeben werden. Das habe der Reformbewegung geschadet.

Am vergangenen Freitag wurde in Moskau sogar ein gemeinsamer Aufruf der Marxistischen Plattform in der KPDuS und der Sektion kommunistischer Reformisten in der Demokratischen Plattform veröffentlicht, in dem es heißt, die Partei verfüge über ausreichendes Potential, um einen „Ausweg und Wege zur entschlossenen Erneuerung und Demokratisierung“ zu finden. Gemeinsam wollen beide Gruppen im Rahmen einer Erneuerung der KPDuS zur Überwindung der Krise im Lande sowie Perspektiven zur Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft ausarbeiten. In gemeinsamen Aktionen wollen sie auch gegen Liquidationsstimmungen in der KPDuS angehen. Schließlich haben sich 101 Parteitagegedeigte, Anhänger der Demokratischen Plattform, mit einem Appell an ihre Parteigänger gewandt, ihre Bemühungen um eine weitere Demokratisierung der KPDuS innerhalb der Partei fortzusetzen.

Die Tatsache, daß ihre wichtigsten Leute in diesen Tagen in Moskau kaum zu erreichen sind, bestätigt Berichte über eine umfangreiche Reiseaktivität. In Kiew, der Hauptstadt der Ukraine, hat ein Organisationskomitee der Demokratischen Plattform mit der Vorbereitung eines Gründungsparteitages für eine neue politische Partei im Herbst begonnen. In einer Erklärung werden zwar Ansätze zu einer Erneuerung der KPDuS nicht gelehrt, jedoch als verspätet und unzureichend abqualifiziert.

Im ZK-Gebäude am Moskauer Alten Platz sieht man diese Aktivitäten mit Gelassenheit. Juri Prokofjew, Parteichef in Moskau und frischegebackenes Politbüromitglied, sowie Alexander Dsachow, ebenfalls neu im Politbüro und künftiger Chefideologe, bedauern übereinstimmend die Austritte aus der Partei, nehmen jedoch mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die Demokratische Plattform die KPDuS nicht verlassen hat. Von Spaltung könne nicht die Rede sein, ja nicht einmal von einem Riß. Sie wollen den Dialog mit all diesen Kräften fortsetzen. Prokofjew sieht sogar Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den ausgetretenen „Demoplattformisten“. Er will in ihnen kein Feindbild suchen, sondern: „Ich denke, daß wir zusammenarbeiten und uns in einem Block - so bei den Wahlen zu den Sowjets - zusammenschließen werden.“

Der lange Marsch nach Mexiko-City



Zehn Tage lang waren diese Bauern aus allen Landesteilen nach Mexiko-City unterwegs. Die Forderungen der 200 000-Land und Freisitzungen, um ihre katastrophale Lebenslage zu verbessern. Telefoto: ADN-AP

Die Flügel schlagen gegeneinander

Bruch bei Solidarność

Von KARL JACOB, Warschau

„Wir wollen weder links, noch rechts sein, wir wollen vorne sein.“ Das verkündete am Wochenende auf der Versammlung der Bürgerbewegung Demokratische Aktion (ROAD) der Solidarność-Theoretiker Michnik. Diese politische Standortbestimmung bedeutet im heutigen politischen Politschmelz: hinter der Regierung und quer zu Wałęsas Präsidentschaftsplänen. Im Lager der siegreichen Solidarność ist damit der Bruch auch organisatorisch vollzogen. Zwar betrachten sich die ROAD-Leute noch nicht als richtige Partei, es existiert nur ein sogenannter Gründungsrat, aber die erste politische Aktion ist schon im Gange: Die etwa 40 dem ROAD verbundenen Abgeordneten wollen in den nächsten Tagen eine Verfassungsänderung initiieren und die Direktwahl des Staatspräsidenten durchsetzen. Alles Schritte, um den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg des ehrgeizigen Wałęsa zu stoppen.

„Wir sind keine Bewegung des Hasses, der Revanche und der Rache, und für uns sind die ehemaligen kommunistischen Parteimitglieder keine Bürger zweiter Klasse“, sagte mit eindeutigem Hinweis auf die Allianz Michnik in seiner Programmrede. Wałęsa seinerseits - formell keiner Gruppierung zugehörig - griff listig zu einem in Polen ziemlich wirksamen Mittel, die ROAD zu diskreditieren. Auf der Sonntagsitzung seines eigenen Bürgerkomitees wies er empört den Vorwurf des Antisemitismus in Kreisen der Allianz zurück und behauptete gar, man dürfe die ROAD nicht frontal angreifen, weil das eben diesen antisemitischen Anschlag erwecken könnte.

Aus demselben Grund stemmt sich die ROAD gegen die Kampagne, den arg bedrängten Präsidenten Jaruzelski zum sofortigen Rücktritt zu zwingen. Der andere Flügel der Solidarność, die Allianz für das Zentrum (die im Unterschied zu Michnik und sei-

nen Freunden keine Scheu zeigt, sich auf der klassischen politischen Skala zu plazieren und ziemlich stolz ihre eher rechte, konservative Gesinnung hervorhebt), startete nämlich eine Unterschriftensammlung gegen Jaruzelski. „Jaruzelski soll abdanken, wenn es dem ganzen Land und nicht irgendeiner politischen Gruppierung nützlich ist“, hielt dem ein politischer Führer der Demokratischen Aktion entgegen.

Bruno Kreisky - Respekt vor einem Großen der Politik

Von Dr. PETER KOLLEWE

Bequem war er nicht, der Bruno Kreisky, auch nicht immer fein. Weder in den langen Jahren als aktiver Politiker, noch in der, wie er sagte, „freiwilligen Emigration“, in die er sich 1986 ob der inneren Entwicklung in Österreich begab, die er seitdem mit grantigen und sarkastischen Kommentaren begleitete.

demum gingen zahlreiche Initiativen aus. „Aktive Neutralitätspolitik“ war faktisch das Motto „seiner“ Außenpolitik, die Österreich auf der internationalen Bühne zu einer anerkannten Identität verhalf. Weltpolitische Belange über die des Landes gestellt zu haben, warfen ihm dagegen Kritiker vor. Henry Kissinger beispielsweise meinte: „Bruno Kreisky hat die offizielle Neutralität seines Landes dazu ausgenutzt, sich einen Einfluß in der Weltpolitik zu verschaffen, der zu den tatsächlichen Machtverhältnissen in keiner Beziehung stand.“ Nun, die Wahrheit liegt wohl irgendwo in der Mitte.

Man spricht von Kreisky als einem Mann der Paradoxe, was vielfach auch in Zusammenhang mit seinem aktiven Einsatz für eine Annäherung zwischen Israel und den Palästinensern gebracht wurde. Nicht nur in Washington war man über die Wien-Visiten von PLO-Chef Arafat (1979) und Libyens Staatschef Ghaddafi (1982) verärgert. Kreisky nahm das in Kauf, auch ein Zerwürfnis mit der Regierung Israels,

weil Wien 1980 als erstes westliches Land die PLO offiziell anerkannte. „Seit Kreisky und ich uns vor 50 Jahren im schwedischen Exil kennenlernten, waren wir einander eng verbunden im Ringen um die Sicherung des Friedens, um Fortschritt für die Menschenrechte und um ein Europa der sozialen Verantwortung“, schrieb Willy Brandt, der Freund und Partner nicht nur in der Sozialistischen Internationale. Ihre Namen wie auch der von Olof Palme sind mit dem Engagement zugunsten der dritten Welt engstens verbunden. Die SI bildete in den letzten Jahren auch den Rahmen für Kreiskys Eintreten um die Lösung globaler Probleme, vor allem auf dem Gebiet der Abrüstung.

Utrecht: Aus für „Guerilla“-Büro?

Von Dr. CLAUS DÜMDE

José-Maria Sison, Mitbegründer der philippinischen KP und der von ihr inspirierten „Neuen Volksarmee“ wird in den Niederlanden kein politisches Asyl erhalten. Das entschied das Justizministerium in Den Haag. Sison hatte es schon im Oktober 1988 beantragt, nachdem er aus Manila flüchten mußte, weil er es angesichts der Lage in seinem Lande ablehnte, generell der Anwendung von Gewalt abzuschwören. Daß Sison in den Niederlanden Zuflucht suchte, ist kein Zufall. Seit Ende der 70er Jahre hat das internationale Büro der Neuen Demokratischen Front (NDF) seinen Sitz in Utrecht. Für die Regierung Aquino ist es allerdings die „Zentrale der kommunistischen Guerilla“. Sie bezichtigte Sison sogar, deren Aktionen am anderen Ende der Welt von dort aus zu „dirigieren“. Bedeutet das Haager Nein zum Asylantrag des KP-Führers nun etwa, daß auch dem NDP-Büro in Utrecht das Aus droht?

C-Waffen-Verhandlungen

„Langsame Gangart“ zunehmend unter Kritik

Von HELMUT SCHULZ, Genf

Die Zeit ist überreif, daß sich die Menschheit endlich von einer der furchtbarsten Geißeln militärischer Auseinandersetzungen der Neuzeit befreit, die auch im kalten Krieg als ein wichtiges Druckmittel galt: die chemischen Waffen. Ihre Abschaffung steht auf der Themenliste der Genfer Abrüstungskonferenz seit langem ganz oben, dennoch ist immer noch kein Ende der Verhandlungen abzusehen.

weite Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung von Chemiewaffen, wozu ein außerordentlich breiter Rahmen von Überprüfungs- und Kontrollmaßnahmen erforderlich sei. Darin eingebettet ist das Problem, strikte Kontrolle mit dem legitimen Schutz von Produktionsgeheimnissen der chemischen Industrie in Übereinstimmung zu bringen.

Seit heute examiniert nun das 40-Staaten-Gremium, was während ihrer diesjährigen Frühjahr- und Sommer-session auf diesem Gebiet erreicht wurde. Welche Arbeitsergebnisse ihres C-Waffen-Komitees und verschiedener Working-Groups den Konsens finden werden und über welche noch weiter verhandelt werden muß, wird erst die multilaterale Debatte zeigen. Fakt ist, daß zunehmend Kritik an der „langsamen Gangart“ der Abrüstungskonferenz laut wird, die immerhin seit 1984 ein Mandat für die Ausarbeitung einer Chemiewaffen-Konvention hat. Das harte Ringen um das Verbot von C-Waffen begann bereits 1980 mit der Schaffung eines speziellen Komitees.

Die sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen über die Reduzierung ihrer Chemiewaffenbestände sollten zwar den Genfer Verhandlungen Auftrieb geben, haben aber offenkundig noch zu keinem wirklichen Durchbruch geführt, der einen erfolgreichen Abschluß des Konventionentwurfs bis Ende nächsten Jahres voraussehen ließe. Fakt ist auch, daß bisher lediglich die beiden Großmächte offen den Besitz von C-Waffen zugegeben haben. In Fachkreisen wird davon gesprochen, daß mindestens 20 weitere Staaten über diese furchtbaren Kampfstoffe verfügen.

Aber deren Karten sind noch nicht aufgedeckt. Eine diesbezügliche Erklärung des israelischen Wissenschafts- und Energieministers Javal Neeman wurde schnell wieder zurückgezogen. Hinweise auf die Herstellung von Giftgasen in Libyen gab es viele, Bestätigungen oder Zugeständnisse nicht. Daß im Konflikt zwischen Irak und Iran chemische Kampfstoffe eingesetzt wurden, konnte an den Opfern nachgewiesen werden. Unbedingte Voraussetzung dafür, die Menschheit vor diesem Fluch der Giftkochen zu erlösen, dürfte deshalb Ehrlichkeit und Offenheit aller Beteiligten sein.

Gipfeltreffen der 5-Staaten-Initiative in Venedig:

Regional, aber immer Europa im Blick

Von Dr. ALFRED ERNST, Rom

Seit Monatsbeginn füllt Italien auf internationalem Gebiet eine Doppelfunktion aus. Rom übernahm nicht nur für ein Semester den Vorsitz in der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch den der „Pentagonale“-Gruppe. Heute treffen sich nun in Venedig die Regierungschefs und Außenminister dieser Fünfer-Initiative zu ihrem ersten Gipfel, um in einer „Politischen Erklärung“ mit gemeinsamen Stimme ihre Vorstellungen von der europäischen Integration im KSZE-Rahmen zu formulieren und einen Arbeitsplan für den Zeitraum 1990 bis 1992 zu beschließen. Genau fünfzehn Jahre nach Verabschiedung der Helsinki Schlußakte - das Datum wurde also mit Bedacht gewählt - sollen Kriterien einer regionalen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit im Donau-Adria-Raum definiert werden.

Bereichen ihrer Entwicklung zu kooperieren. Aus der Vierergruppe wurde am 20. Mai dieses Jahres in Wien durch den Beitritt der CSFR eine Initiative der Fünf, die die regionale Zusammenarbeit in den Bereichen Transport, Umwelt, Tourismus, Kultur, Telekommunikation, bei der Förderung der kleinen und mittleren Betriebe sowie in der wissenschaftlich-technischen Forschung entwickeln wollen. Experten arbeiteten auf gesonderten Treffen einen Arbeitsplan aus, der konkrete Projekte und Gemeinschaftsvorhaben enthält und nun in Venedig verabschiedet wird.

Die „Pentagonale“-Gruppe kam vor allem auf Grund der in jüngster Zeit aktivierten Mitteleuropapolitik Italiens zustande. Rom wollte damit im Schatten der dominierenden Koalition Bonn-Paris ein gewisses Gegengewicht schaffen und dazu beitragen, daß die deutsche Einigung nicht andere Fragen des europäischen Einigungsprozesses völlig an den Rand drängt. Die Idee knüpft an Traditionen und Beziehungen die-

Bornholmer Ostseetreff ein gelungener Neuanfang

Von ULLA JESSING, Kopenhagen

Der Internationale Ostseetreff 90 auf der dänischen Insel Bornholm ging am Sonntag nach fünfjährigen Debatten zu Ende. Vertreter von gesellschaftlichen Organisationen, Bürgerbewegungen und Parteien - darunter der Grünen, des Unabhängigen Frauenbundes, der PDS, lokaler Friedensgruppen und der Deutsch-Dänischen Vereinigung aus der DDR - diskutierten dabei gemeinsam mit Gewerkschaftern, Parlamentariern und Regierungsmitgliedern aus den fünf nordischen Ländern, der Sowjetunion, Polen und der DDR über die künftige Entwicklung in der Ostseeregion und die sich zuspitzenden globalen Probleme.

Die notwendigen Veränderungen im Wirken der Friedensbewegung nach der Wende in Ost- und Mitteleuropa standen ebenso zur Debatte wie die altbekannte Frage der Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa. Man kam zu dem Schluß, daß es trotz der begrüßenswerten Abrüstungsbestrebungen und der Entspannung in Europa noch viele Aufgaben für die Friedensbewegung stehen und zugleich neue Aktionsformen notwendig geworden sind. In Sachen atomwaffen-

freie Zone sprachen sich die Teilnehmer aus den fünf nordischen Ländern, unter ihnen der stellvertretende Außenminister Lettlands Nikolai Leiland, für eine Volksabstimmung aus. Leiland informierte über die Bestrebungen seiner Regierung, alle Hafensstädte Lettlands zu demilitarisieren. Mit viel Beifall wurde zum Abschluß einem Vorschlag des schwedischen Friedenskomitees zugestimmt, 1991 ein solches Treffen in Stockholm zu veranstalten. Die rund 2500 Teilnehmer waren sich einig darüber, daß das diesjährige Bornholmer Forum ein gelungener Neuanfang für die weitere Zusammenarbeit im Interesse der Abrüstung und des Umweltschutzes im Ostseeraum war. Einige Politiker, unter anderem der sicherheitspolitische Sprecher der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Lasse Budtz, warnten aber, daß sie sich darauf zu beschränken. „Wenn man Europa in kleinere regionale Zusammenarbeitsgebiete aufteilt, so kann das schnell wieder zu Abgrenzungen und zu Feindbildern führen.“